



Newsletter Netzwerk Verkehrssicherheit

Ausgabe 6 | Juni 2021

Liebe Akteure der Verkehrssicherheitsarbeit,
sehr geehrte Damen und Herren!

In diesem Newsletter möchten wir Sie über folgende Themen informieren:

1. Aus den Brandenburger Landkreisen

- Mobilitätsgesetz für das Land Brandenburg geplant
- BMVI fördert Radverkehrsprojekte am Cottbuser Ostsee

2. Blick über die Landesgrenze

- Bundesrat stimmt Gesetz zum autonomen Fahren zu
- Neues Verkehrssicherheitsprogramm Bayerns: „Bayern mobil – sicher ans Ziel“
- Erste Ergebnisse der Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland 2020“ liegen vor

3. Lesens- und Sehenswertes rund um die Verkehrssicherheit

- Neuigkeiten vom Netzwerk Verkehrssicherheit
- DEKRA veröffentlicht Verkehrssicherheitsreport 2021
- DVR startet Blog zur Verkehrssicherheit in ländlichen Räumen
- BASt veröffentlicht Broschüre „Kinderbeförderung auf Lastenrädern“
- Hamburger Polizei erweitert Verkehrserziehungspodcast

4. Termine und Hinweise

- ADAC Mobilitätstage im Juni
- DVR Forum 2021
- „Sonder-Ritter in Pandemiezeiten“ gesucht
- Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ gestartet
- ACE will Barrieren im Verkehrsraum abbauen

5. Das Interview des Monats

- Peter Schmidt, Inhaber des Büros für Verkehrsunfallrekonstruktion in Berlin

Wir wünschen viel Vergnügen beim Lesen!

Ihre Netzwerker
Carolin Bablich, Raik Dusin und Erik Schubert

Mobilitätsgesetz für das Land Brandenburg geplant

Bis 2024 soll das Land Brandenburg ein Mobilitätsgesetz erhalten – darauf hat sich die Regierungskoalition im Dialog mit der Volksinitiative „Verkehrswende Brandenburg jetzt!“ verständigt. Ziel ist es, bis 2050 den Verkehr in Brandenburg klimaneutral zu gestalten. Hierfür sollen u. a. ein verbindlicher landesweiter Radwegeplan, ein kreisübergreifendes Konzept für attraktive Angebote des Öffentlichen Nahverkehrs, die Überprüfung von Straßenbauvorhaben und ein Reaktivierungskonzept für stillgelegte Bahnstrecken realisiert werden. Als erstes Zwischenziel soll der Anteil des Autoverkehrs am Gesamtverkehr von aktuell 60 auf 40 Prozent bis zum Jahr 2030 gesenkt werden.

Zuvor hatte der Landtagsausschuss für Infrastruktur und Landesplanung die Volksinitiative mit den Stimmen der Regierungskoalition und der AfD mehrheitlich formal abgelehnt. Als Begründung wurde angeführt, dass die gesamten Forderungen das Land finanziell überfordern würden und deshalb eine Priorisierung notwendig sei. Die Volksinitiative hatte einen Katalog von zehn Punkten vorgelegt, in dem etwa die Verdoppelung des Anteils des Öffentlichen Nahverkehrs bis 2035, der Ausbau der Regionalzuglinien und der Ausbau von Radwegen gefordert wurden. Initiatoren der Initiative sind unter anderem der Allgemeinde Deutsche Fahrradclub (ADFC), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Verkehrsclub Deutschland (VCD).

BMVI fördert Radverkehrsprojekte am Cottbuser Ostsee



© Carolin Bablich

Die Stadt Cottbus gestaltet nach der Beendigung des Braunkohleabbaus im Tagebau Cottbus-Nord einen großen Teil des Stadtgebietes um. Bis 2030 soll auf dem 1.900 Hektar großen Gelände des ehemaligen Tagebaus der Cottbuser Ostsee entstehen. Der See soll zum einen attraktives Naherholungsgebiet, zum anderen auch gestalterischer Impulsgeber für die Region werden. Er wird entlang der ehemaligen Betriebsstraße von einem ca. 27 km langen Radrundweg umschlossen werden. Den Bau der zentralen Verbindungsachse vom Stadtzentrum zum entstehenden Bergbaufolgesee sowie die Planung des späteren Radrundwegs fördert das Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur (BMVI) mit rund

4,6 Mio. Euro. Die Vorhaben sollen bis Ende 2023 abgeschlossen sein.

2. Blick über die Landesgrenze

Bundesrat stimmt Gesetz zum autonomen Fahren zu

Der Bundesrat hat am 28. Mai 2021 einem Gesetzesbeschluss des Bundestages zugestimmt, nach dem autonome Fahrzeuge künftig bundesweit in festgelegten Betriebsbereichen des öffentlichen Straßenverkehrs fahren können. Damit wird ab 2022 das vollautomatisierte Fahren der Stufe 4 ermöglicht. Bei der Stufe 4 des autonomen Fahrens übernimmt das System für definierte Anwendungen die Kontrolle und muss dabei vom Fahrer nicht mehr überwacht werden. Das Kraftfahrzeug soll hierbei kurzfristig auftretende und aufzulösende Störungen bei der dynamischen Fahrzeugsteuerung selbstständig bewältigen können. Es muss jedoch weiterhin ein Fahrer als technische Aufsicht an Bord sein, um in besonderen Situationen eingreifen zu können.



© metamorworks/Shutterstock.com

Das Gesetz erlaubt die Nutzung jedoch nur in ausgewählten Betriebsbereichen. Hierzu zählen Shuttle-Verkehre, automatische Personentransportsysteme für kurze Strecken (z. B. auf Flughäfen und Messen), fahrerlose Verbindungen zwischen Logistikzentren und nachfrageorientierte Verkehrsangebote in Randzeiten im ländlichen Raum. Außerdem wird die Benutzung von Automated-Valet-Parking-Systemen (d. h. die selbstständige Suche von Parkpositionen) gestattet. Mit dem Gesetz verknüpft sind auch technische Anforderungen an den Bau, die Beschaffenheit und die Ausrüstung von Kraftfahrzeugen mit autonomen Fahrfunktionen sowie Verfahren für die Erteilung einer Betriebserlaubnis.

Mehr Informationen finden Sie unter www.bundesregierung.de und www.bundestag.de.

Neues Verkehrssicherheitsprogramm Bayerns: „Bayern mobil – sicher ans Ziel“



© STMI/STMB

In Bayern wurde das neue Verkehrssicherheitsprogramm „Bayern mobil – sicher ans Ziel“ vorgestellt. Zur Erreichung der Verkehrssicherheitsziele werden bis zum Jahr 2030 insgesamt 500 Millionen Euro für den Ausbau von Straßen, Radwegen und Fußwegen bereitgestellt. So sollen Gefahrenstellen analysiert und entschärft werden. Hierzu heißt es im Verkehrssicherheitsprogramm: „In der Abwägung mit konkurrierenden Belangen, z. B. der Leichtigkeit des Verkehrs, soll der Verkehrssicherheit ein deutlich größeres Gewicht beigemessen werden. [...] Keine verkehrsrechtlichen oder straßenbaulichen Entscheidungen zu Lasten der Verkehrssicherheit!“ (S. 1).

Im Rahmen des Verkehrssicherheitsprogramms sollen unter anderem die Möglichkeiten zur Straßenquerung verbessert sowie die Radinfrastruktur (z. B. Radwege, Abstellmöglichkeiten) und Schutzplanen nachgerüstet werden. Darüber hinaus sollen polizeiliche Kontrollen zur Geschwindigkeitsüberschreitung verstärkt werden. Weiterhin soll ein Teil der Finanzmittel für Projekte in der Forschung, der Prävention von Unfällen von Senioren und der Verkehrsausbildung von Jugendlichen eingesetzt werden.

Konkrete messbare Ziele fehlen jedoch im Verkehrssicherheitsprogramm, bemängelt auch der ADFC Bayern. So werden lediglich folgende Ziele im Programm genannt: „... die Zahl der Getöteten und Verletzten so weit wie möglich zu senken, die Sicherheit auf Landstraßen noch weiter zu steigern und besonders gefährdete Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer noch besser zu schützen“ (S. 1).

Das Verkehrssicherheitsprogramm finden Sie unter www.sichermobil.bayern.de.

Erste Ergebnisse der Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland 2020“ liegen vor

Das Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas) hat im Auftrag des Umweltbundesamts 2.115 Personen zu ihrer umweltbezogenen Einstellung befragt. Ziel ist es, die in der Gesellschaft vorhandenen Denk- und Handlungsmuster zu verstehen und die Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen vorausschauend in eine bürgernahe, partizipative, zukunftsweisende und nachhaltige Politik einfließen zu lassen. Zu den zentralen Ergebnissen zählt, dass rund zwei Drittel der Befragten (65 %) Umwelt- und Klimaschutzaspekte als „Sehr wichtig“ einschätzen. Etwa die Hälfte der Befragten (51 %) gibt an, dass Erfordernisse des Umwelt- und Klimaschutzes in der Verkehrspolitik eine übergeordnete Rolle haben sollten. Dies sind fünf Prozentpunkte weniger als im Jahr 2019 (56 %) und damit zugleich der größte Rückgang in den neun erfassten Politikfeldern.



© Pixabay/geralt

Ein großer Teil der Befragten sieht Handlungsbedarfe im Mobilitätsbereich. So meinen zwischen 75 und 80 Prozent, dass im Hinblick auf die Möglichkeit, Alltagswege kostengünstig und bequem ohne Auto zurücklegen zu können sowie zur Verringerung von Luftschadstoffen und Treibhausgasemissionen „Nicht genug“ oder „Eher nicht genug“ getan wird. Mit 55 Prozent urteilen vergleichsweise wenige Befragte, dass „Nicht genug“ (17 %) oder „Eher nicht genug“ (38 %) zur Erhöhung der Verkehrssicherheit getan wird. Insgesamt 84 Prozent wünschen sich „Auf jeden Fall“ (49 %) oder „Eher“ (35 %), dass mehr Radwege und Fahrradstreifen angelegt werden, um eine sichere Radinfrastruktur zu schaffen. Darüber hinaus sprechen sich knapp zwei Drittel der Befragten für Veränderungen in der Aufteilung des Straßenraums zugunsten des Rad- und Fußverkehrs (29 % „Ja, auf jeden Fall“; 37 % „Eher ja“) aus. Etwa ebenso viele befürworten ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen (42 % „Ja, auf jeden Fall“; 22 % „Eher ja“).

Die Zeitreihenstudie wird seit 1996 in regelmäßigen Abständen durchgeführt; seit 2014 erfolgt die Erhebung onlinebasiert. Die vollständige Veröffentlichung der Umweltbewusstseinsstudie 2020, mit einer Broschüre und einem vertiefenden wissenschaftlichen Bericht, ist für den Herbst 2021 vorgesehen.

Die Zeitreihenstudie wird seit 1996 in regelmäßigen Abständen durchgeführt; seit 2014 erfolgt die Erhebung onlinebasiert. Die vollständige Veröffentlichung der Umweltbewusstseinsstudie 2020, mit einer Broschüre und einem vertiefenden wissenschaftlichen Bericht, ist für den Herbst 2021 vorgesehen.

Den Kurzbericht mit ersten Ergebnissen finden Sie unter www.umweltbundesamt.de.

3. Lesens- und Sehenswertes rund um die Verkehrssicherheit

Neuigkeiten vom Netzwerk Verkehrssicherheit



© IFK

Ab sofort finden Sie alle Neuigkeiten rund um das Netzwerk Verkehrssicherheit auch bei Facebook. Hier informieren wir über aktuelle Veranstaltungen, neue Projekte und Printprodukte sowie über aktuelle Themen rund um die Verkehrssicherheit. Über den Social-Media-Kanal möchten wir neue Zielgruppen erreichen und verstärkt jüngere Verkehrsteilnehmer ansprechen. Durch Videos, Themenwochen und Mitmachkampagnen wollen wir die User für das Thema „Verkehrssicherheit“ sensibilisieren.

Sie erreichen unsere Facebook-Seite über www.facebook.com/netzwerkverkehrssicherheit.

DEKRA veröffentlicht Verkehrssicherheitsreport 2021

Der neue Verkehrssicherheitsreport der DEKRA widmet sich dem Thema „Mobilität im Alter“. Im Report werden Risiken im Straßenverkehr aufgezeigt, markante Unfallbeispiele geschildert sowie Präventionsmaßnahmen und technische Hilfsmittel zum Schutz älterer Verkehrsteilnehmer diskutiert. Ausgangspunkt ist der Umstand, dass weltweit Senioren immer mobiler werden. Damit verbunden ist laut der DEKRA ein im Vergleich zu jüngeren Menschen deutlich erhöhtes Unfallrisiko. Etwa 30 Prozent der Verkehrstoten EU-weit gehörten in den letzten Jahren zur Altersgruppe der über 65-Jährigen. Bei den Fußgängern und Radfahrern waren es laut DEKRA sogar rund 50 Prozent aller Getöteten im Straßenverkehr. Zudem werde der Anteil über 65-Jähriger an der Gesamtbevölkerung in den nächsten Jahrzehnten weiter zunehmen.



© DEKRA

Grundsätzlich sei für mehr Verkehrssicherheit von Senioren auf internationaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene eine proaktive Strategie notwendig, die alle Arten der Fortbewegung umfasse. Erklärtes Ziel sollte dabei der Erhalt einer sicheren individuellen Mobilität sein.

Die Forderungen und Ratschläge für mehr Verkehrssicherheit von Senioren fasst die DEKRA in ihrem Report in 13 Punkten zusammen. Gefordert wird unter anderem, dass bei über 75-jährigen Senioren regelmäßige Rückmeldungen verpflichtend sein sollten. Ferner müssten alle relevanten Akteure im Gesundheitssystem dafür sensibilisiert und qualifiziert werden, ältere Menschen im Hinblick auf ihre Fahrsicherheit zu beraten. Die Marktdurchdringung von Fahrerassistenzsystemen müsse im Interesse der Sicherheit weiter verbessert werden. In Bezug auf die Radfahrsicherheit wird gefordert, dass Hersteller von Pedelecs einen „Learner-Modus“ anbieten, mit dem zu Beginn die elektrische Tretunterstützung freiwillig gedrosselt werden kann.

Der Verkehrssicherheitsreport steht online unter www.dekra.de zur Verfügung.

DVR startet Blog zur Verkehrssicherheit in ländlichen Räumen



© DVR

Mit dem neuen Blog „Sicher unterwegs“ will der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) die Verkehrssicherheitsarbeit außerhalb geschlossener Ortschaften stärken. Ziel ist es, durch informative Fachbeiträge aufzuzeigen, wie Außerortsstraßen sicherer gemacht werden können. Außerdem soll der Blog auch als Plattform für die Diskussion komplexer und umstrittener Fragestellungen dienen.

Neben Beiträgen von verschiedenen Angehörigen des DVR kommen in „Sicher unterwegs“ auch Experten anderer Organisationen zu Wort. So erklärt beispielsweise Christian Rudolph, Radprofessor an der Technischen Hochschule Wildau, was den Ausbau der Radinfrastruktur in ländlichen Räumen hemmt und welche Strategien die Situation ändern könnten. Stefan Benz und Nadine Lindt von der Robert Bosch GmbH schildern in einem anderen Artikel, wie aktuelle Assistenzsysteme die Sicherheit von Verkehrsteilnehmern erhöhen können und welche Potenziale zukünftige Assistenzsysteme bieten. Sven Timm, Leiter des Stabsbereichs „Prävention“ der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, erörtert in seinem Beitrag, wie Verkehrsteilnehmer auf Landstraßen ihre Sicherheit durch entsprechendes eigenes Verhalten beeinflussen können und gibt eine Übersicht über die in Deutschland angebotenen Sicherheitstrainings.

Der Blog ist unter www.sicherunterwegs.dvr.de abrufbar.

BASt veröffentlicht Broschüre „Kinderbeförderung auf Lastenrädern“

Lastenfahrräder werden in einer Vielzahl von Bauformen und Größen angeboten. Neben Transportgütern werden in Lastenrädern immer häufiger auch Kinder transportiert, weil Lastenräder nicht zuletzt oft mehr Platz als herkömmliche Kindersitze am Fahrrad bieten und so auch mehrere Kinder befördert werden können. Bei der Nutzung eines Lastenrads sind bereits grundsätzlich einige Besonderheiten im Vergleich zu „normalen“ Fahrrädern zu berücksichtigen; die Mitnahme von Kindern bringt weitere Anforderungen mit sich.

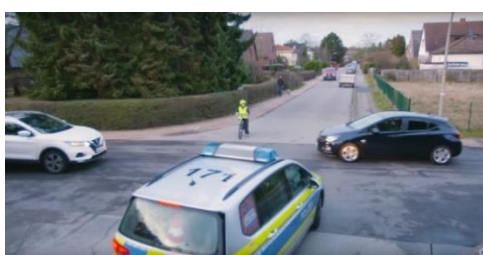


© BAST

Die Broschüre „Kinderbeförderung auf Lastenrädern“ der Bundesanstalt für Straßenwesen (BAST) enthält Hinweise, wie Kinder im Alter von neun Monaten bis sieben Jahren auf Lastenrädern mit Ladefläche oder Ladewanne sicher befördert werden können. Themen der Broschüre sind die Auswahl eines geeigneten Lastenrads (inklusive Checkliste), die baulich-technischen Anforderungen, die Verwendung der Gurtsysteme, schützende Ausrüstungsgegenstände und der richtige Umgang mit dem Lastenrad. Außerdem werden praxisnahe Übungen genannt, mit denen die Führung des Lastenrads trainiert werden kann.

Weitere Informationen sowie die digitale Fassung sind unter www.bast.de abrufbar.

Hamburger Polizei erweitert Verkehrserziehungspodcast



© Polizei Hamburg

Das Verkehrserziehungs-Team der Hamburger Polizei bietet neben seinem Verkehrserziehungs-Podcast nun ein neues Format: die Online-Verkehrserziehung. Dabei handelt es sich um Lehrvideos für junge Radfahrer zur Vorbereitung auf die Radfahrprüfung, die via YouTube abgerufen werden können. Durch die Lehrvideos sollen die durch die Corona-Pandemie erschwerten Ausgangsbedingungen für die Radfahrausbildung in Schulen kompensiert werden. Themen sind die Vorfahrtsregeln, die Verkehrszeichen und die für

den Radverkehr vorgesehenen Verkehrswege. Jedes Video ist knapp zwei Minuten lang. Die Inhalte wurden für die Zielgruppe pädagogisch aufbereitet und werden im Rahmen des Distanzunterrichts vermittelt.

Die Lehrvideos sind unter www.youtube.com abrufbar.

4. Termine und Hinweise

ADAC Mobilitätstage im Juni

Am 23. und 24. Juni 2021 finden die Mobilitätstage des ADAC Berlin-Brandenburg statt. Interessierte können ihr Auto im „ADAC Prüf- und Servicemobil“ einem kostenlosen Sicherheitscheck unterziehen (10:00–13:00 Uhr und 14:00–16:00 Uhr). Der ADAC berät zudem zwischen 9:00 und 14:00 Uhr zu seinen Verkehrssicherheitsprogrammen für Senioren und bietet unter dem Motto „Teste nicht nur dein Auto, teste auch dich selbst“ zusammen mit Kooperationspartnern Reaktions-, Seh- und Hörtests an.

Hier die Termine im Überblick:

Mittwoch, 23. Juni 2021	Premnitz, Gerhart-Hauptmann-Straße 14 (Parkplatz Edeka)
Donnerstag, 24. Juni 2021	Wusterhausen/Dosse, Berliner Straße 49 (Parkplatz Landfuxx BLD)

DVR Forum 2021

Das diesjährige DVR Forum 2021 findet zum Thema „Mobilität in ländlichen Räumen: Zukunft verkehrssicher gestalten“ statt. Hintergrund des gewählten Themas ist das hohe Unfallrisiko auf Landstraßen: Jährlich verunglücken über die Hälfte der bei Straßenverkehrsunfällen Getöteten außerorts.



© adobe.stock/autofocus67

Auf der Veranstaltung sollen Ideen diskutiert und Lösungen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit außerhalb geschlossener Ortschaften gesucht werden. Im Mittelpunkt stehen dabei technische Möglichkeiten zur Vermeidung von Unfällen und zur Verbesserung der Radinfrastruktur in ländlichen Gebieten.

Die Veranstaltung findet am 1. Juli 2021 von 14:00 bis 16:30 Uhr im digitalen Format statt. Referieren werden u. a. Tarek Nazzal, DVR-Consultant Evaluation „Sicher in meiner Region“, Dr. Markus Brohm, Referent Deutscher Landkreistag, und Prof. Dr. Jana Kühl, Professorin für Radverkehrsmanagement an der Ostfalia Hochschule Salzgitter.

Die Anmeldung zur Veranstaltung ist unter www.dvr.de möglich.

„Sonder-Ritter in Pandemiezeiten“ gesucht



© Aktion Kinder-Unfallhilfe

Die Aktion Kinder-Unfallhilfe würdigt auch in diesem Jahr Ideen und Projekte, die dazu beitragen, Unfälle von Kindern und Jugendlichen im Straßenverkehr zu vermeiden. Gesucht wird der „Sonder-Ritter in Pandemiezeiten“. Damit sollen in diesem Jahr gezielt diejenigen ausgezeichnet werden, die sich trotz oder gerade wegen der Corona-Pandemie auf bemerkenswerte Weise für die Präventionsarbeit bei den jüngsten Verkehrsteilnehmern einsetzen. Zusätzlich vergibt die Aktion Kinder-Unfallhilfe einen Medienpreis für die Print-, Online-, TV- oder Social-Media-Berichterstattung zum Thema „Verkehrssicherheit in Pandemiezeiten“.

Insgesamt ist der Preis mit 10.000 Euro dotiert. Zudem erhalten die Gewinner einen professionellen Film über ihr Präventionsprojekt, mit dem sie für ihre Arbeit werben können. Die Preisverleihung ist für den Herbst 2021 angesetzt. Einsendungen sind bis zum 30. Juli 2021 möglich.

Weitere Informationen zum Sonderpreis finden Sie unter der-rote-ritter.de.

Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ gestartet



© ADFC/AOK

Bis zum 31. August 2021 können wieder alle Arbeitnehmer bei der Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ des ADFC und der AOK mit dem Fahrrad gefahrene Kilometer sammeln. Während des Aktionszeitraums gilt es, an mindestens 20 Tagen mit dem Rad zur Arbeit zu fahren. Es zählen auch Teilstrecken, zum Beispiel für den Weg zum Bahnhof und zurück. Wer Corona-bedingt von zu Hause aus arbeitet, kann auch Fahrten rund ums Homeoffice anrechnen. Zu gewinnen gibt es verschiedene Sachpreise rund um das Fahrrad.

Ein besonderer Schwerpunkt der Aktion liegt in diesem Jahr auf der Zusammenarbeit mit dem ADFC-Angebot „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber“. Interessierte Unternehmen erhalten

auf der Aktions-Website Tipps und Vorschläge, wie sie die Zahl der Fahrradpendler in ihrer Belegschaft steigern können. In einem interaktiven Online-Selbstcheck können Arbeitgeber zudem testen, wie fahrradfreundlich ihr Unternehmen ist.

Mit der Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ werden jedes Jahr zahlreiche Menschen motiviert, auf eine gesunde und umweltfreundliche Fortbewegung zu setzen. Rund 265.000 Beschäftigte sind im vergangenen Jahr mitgeradelt.

Die Anmeldung zur Aktion ist unter www.mit-dem-rad-zur-arbeit.de möglich.

ACE will Barrieren im Verkehrsraum abbauen



© ACE

Ob auf der Straße, dem Rad- oder Gehweg oder in den öffentlichen Verkehrsmitteln: Im Rahmen der Aktion „Barrierefrei besser ankommen!“ des ACE gilt es, all diejenigen Hindernisse zu fotografieren, die für Menschen mit mobiler Einschränkung kritisch sind. Die Aktion zielt darauf ab, Barrieren und Hindernisse in Zusammenarbeit mit der örtlichen Verwaltung, der Lokalpolitik sowie Initiativen und Verbänden zu beseitigen und auf die Wichtigkeit von Barrierefreiheit in allen Verkehrsbereichen hinzuweisen. Zu gewinnen gibt es Sachpreise.

Bis zum 31. August 2021 können Fotos von Barrieren im Verkehrsraum unter ace-clubinitiative.de hochgeladen werden.

5. Das Interview des Monats



© Peter Schmidt

Unser Interviewpartner ist Dipl.-Ing. Peter Schmidt, Inhaber des Büros für Verkehrsunfallrekonstruktion in Berlin. Nach seinem Studium des Maschinenbaus mit der Spezialisierung Instandsetzung und Wartung von Baumaschinen gründete Herr Schmidt nach der Wiedervereinigung ein Ingenieur- und Kfz-Sachverständigenbüro. Im Jahr 1997 spezialisierte er sich auf das Gebiet der Verkehrsunfallrekonstruktion. Zu seinem Portfolio gehören neben der Unfallanalyse u. a. auch Schadengutachten und die Flottenbetreuung.

Netzwerk Verkehrssicherheit: Welcher Ihrer bisherigen Beiträge zur Verkehrssicherheit erfüllt Sie mit besonderer Freude?

Peter Schmidt: Ich habe jahrelang in den Berliner und Brandenburger weiterführenden Schulen sowie in Oberschulen in Baden-Württemberg in den Klassenstufen 9 bis 11 mein Verkehrsseminar gegeben.



© Peter Schmidt

Eine Mischung aus praxisbezogener Physik, Mathematik und Sozialkunde. Obgleich die Schüler am Anfang der Doppelstunde dasselbe Verhalten zeigten (gelangweilt; was will der denn hier?), waren die Schüler nach der Doppelstunde aufgewühlt und begeistert. Manche Schüler sagten mir sogar, ich solle doch ihr Physiklehrer werden. Solch ein Kompliment ist auf der einen Seite wirklich das Beste, was einem passieren kann, auf der anderen Seite zeigt es aber auch Lehrdefizite auf.

Zudem machten mir auch die Fernsehauftritte bei SAT.1 und RTL viel Freude, in denen es um Verkehrssicherheit ging.

Momentan beschränke ich mich auf die Mitarbeit in der Lenkungsgruppe „Technik“ des Forums Verkehrssicherheit mit meinem Wissensfundus aus der Unfallanalyse. Der Vergleich der tödlichen Verkehrsunfälle der beiden Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern der Jahre 2018/2019 wurde beispielsweise von mir erarbeitet.



© Peter Schmidt

Netzwerk Verkehrssicherheit: Warum engagieren Sie sich in der Verkehrssicherheitsarbeit?

Peter Schmidt: Als Unfallanalytiker habe ich jeden Tag mit Unfällen zu tun. Vom kleinen Blechschaden bis zur menschlichen Katastrophe. Obwohl es mein Job ist und ich mit einem gewissen emotionalen Abstand an die Analyse gehe, so weiß ich anschließend, wie die Unfälle und somit menschliche Tragödien hätten vermieden werden können. Und genau das ist es, was mich motiviert, Zeit in die Verkehrssicherheitsarbeit zu investieren.

Netzwerk Verkehrssicherheit: Woher nehmen Sie Ihre Ideen und Ihre Inspiration für Ihre Arbeit in der Verkehrssicherheit?

Peter Schmidt: Als Unfallanalytiker muss man auch querdenken (obgleich dieser Begriff heute eher in einem schlechten Licht dasteht). Unfälle verlaufen nicht unbedingt logisch. Und das über den Teller- rand schauen hilft dabei, auch bisher nicht offensichtliche Vorgänge zu erkennen. Und genau diese Eigenschaft nutze ich auch bei unseren Sitzungen der Lenkungsgruppe „Technik“.

Netzwerk Verkehrssicherheit: Was kann jeder Einzelne für die Verkehrssicherheit tun?

Peter Schmidt: Gegenseitige Rücksichtnahme ist das Stichwort. Ich habe den Vergleich zu anderen Ländern, wie es dort funktioniert. Vor zwei Jahren war ich in Marrakesch (Marokko). Der Verkehr mutet irgendwie chaotisch an, wenn man ihn aber näher betrachtet, sieht man, dass das Miteinander der Verkehrsteilnehmer im Vordergrund steht. Natürlich gibt es auch da Unfälle, aber dann meistens nur, weil beide nicht aufgepasst haben. Es kommt keiner auf die Idee, gegenüber den anderen Verkehrsteilnehmern einen Vorteil zu erhaschen.

Netzwerk Verkehrssicherheit: Wenn Sie genügend Geld und Macht hätten: Welche Verkehrssicherheitsmaßnahme würden Sie umsetzen?

Peter Schmidt: Als erstes würde ich alle Verkehrsteilnehmer gleichsetzen und nicht unterscheiden in „Schwächere“ oder „Stärkere“. Die Unterscheidung suggeriert von vornherein, dass nur die Stärkeren die Verantwortung für die schwächeren Verkehrsteilnehmer übernehmen müssen. Damit sind dann die Schwächeren aus der Verantwortung und passen nicht mehr auf. Dass diese Einstellung fatal ist und sogar mit dem Leben bezahlt wird, sehe ich tagtäglich an meinen zu bearbeitenden Unfällen. Zudem würde ich ein Verkehrskonzept entwickeln, das allen Verkehrsteilnehmern – egal, wie und womit sie unterwegs sind – gleichermaßen nützt und niemanden bevorzugt.

Netzwerk Verkehrssicherheit: Wenn Sie an den Verkehr der Zukunft denken: Was bereitet Ihnen Sorge?

Peter Schmidt: Vor allem bereitet mir Sorgen, dass sich die Politiker auf eine einseitige Verkehrspolitik konzentrieren. Wenn ich eine Verkehrsteilnehmergruppe zum Nachteil einer anderen Verkehrsteilnehmergruppe bevorzuge, schaffe ich damit Konflikte. Das eint nicht, sondern spaltet.

Netzwerk Verkehrssicherheit: Wenn Sie an den Verkehr der Zukunft denken: Was bereitet Ihnen Hoffnung?

Peter Schmidt: Als Unfallanalytiker bin ich vor allem Techniker. Und ich weiß, dass die in der Entwicklung tätigen Ingenieure an neuen Fortbewegungsalternativen arbeiten. Sowohl die Vernetzung, die menschliches Versagen und natürlich auch menschliche Charaktereigenschaften ersetzen soll, als auch die Nutzung der Luftwege sind interessante Ansätze.

Netzwerk Verkehrssicherheit: Herr Schmidt, wir bedanken uns für das Interview!

Das Interview führte Carolin Bablich.

Haftungsausschluss

Die Mitarbeiter des Projekts „Netzwerk Verkehrssicherheit Brandenburg“ haben den Newsletter mit großer Sorgfalt erstellt. Alle Inhalte sind zur allgemeinen Information bestimmt und stellen keine geschäftliche, rechtliche oder sonstige Beratungsdienstleistung dar. Ein Anspruch auf Vollständigkeit besteht nicht. Das „Netzwerk Verkehrssicherheit Brandenburg“ übernimmt keine Gewähr und haftet nicht für etwaige Schäden materieller oder ideeller Art, die durch Nutzung der Informationen verursacht werden, soweit sie nicht nachweislich durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit verschuldet sind. Für die Inhalte von verlinkten Internetseiten ist das „Netzwerk Verkehrssicherheit Brandenburg“ nicht verantwortlich. Für die Angebote Dritter wird keine Haftung übernommen.

Hinweis

Der Gebrauch der männlichen Bezeichnungen für Personen und Personengruppen dient lediglich der Vereinfachung und der besseren Lesbarkeit. Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, dass Personen jeden Geschlechts gemeint sind.

Impressum

Der Newsletter ist kostenfrei und erscheint monatlich. Für weiterführende Informationen, aber auch für Anregungen und Kritik wenden Sie sich bitte an die Netzwerker:

Bereiche Nord-Ost und Nord-West

E-Mail: raik.dusin@ifk-potsdam.de; Tel.: +49 (0)33055 – 23 91 56

Bereich Süd

E-Mail: erik.schubert@ifk-potsdam.de, carolin.bablich@ifk-potsdam.de; Tel.: +49 (0)355 – 12 15 919

Weitere Informationen zum Projekt „Netzwerk Verkehrssicherheit Brandenburg“:

www.netzwerk-verkehrssicherheit.de

Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und
Jugendforschung e. V. an der Universität Potsdam (IFK e. V.)
Zweigstelle Kremmen
Staffelder Dorfstraße 19
16766 Kremmen OT Staffelde

Newsletter abbestellen:

Wenn Sie diesen Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese E-Mail mit dem Betreff „Newsletter abbestellen“.